



| Auf dem Weg zum Nationalstaat

Der „Independence Day“ am 4. Juli erinnert an den Tag, an dem 1776 in Philadelphia die Unabhängigkeitserklärung der dreizehn nordamerikanischen Kolonien unterzeichnet wurde.

Die Geschichte des ältesten demokratischen Staatsexperiments der Neuzeit begann Anfang des 16. Jahrhunderts, als die ersten Auswanderer Europa verließen und Nordamerika besiedelten. Es gab unterschiedliche Gründe für die Emigranten, ihr Glück in Amerika zu suchen: Der Süden der USA bot wirtschaftliche Anreize, im Norden siedelten dagegen vor allem die in Europa religiös oder politisch Verfolgten. Ab Ende des 17. Jahrhunderts wurde eine große Zahl von Menschen aus Afrika als Sklaven in die Neue Welt verschleppt.

Mitte des 18. Jahrhunderts kam es vermehrt zu Spannungen zwischen den Kolonien und Großbritannien. Das Mutterland forderte eine höhere Beteiligung an finanziellen Erträgen und führte harte Handels- und Zollgesetze sowie zahlreiche neue Steuern ein. In den Kolonien wuchsen hingegen der Selbstverwaltungswillen und das

Bewusstsein einer eigenen staatlichen Identität. 1774 beschlossen die Delegierten des Ersten Kontinentalkongresses in Philadelphia die Einstellung des Englandhandels und gemeinsame militärische Maßnahmen. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte wurde George Washington, der spätere erste Präsident der USA, eingesetzt. Am 4. Juli 1776 verabschiedete der Nationalkongress im Namen der „Vereinigten Staaten von Amerika“ die Unabhängigkeitserklärung. Das Dokument, das der nationalstaatlichen und souveränen Existenz der Vereinigten Staaten als Grundlage dient, wurde vom späteren Präsidenten Thomas Jefferson vorbereitet und basiert auf einer Präambel, die die Freiheit und Gleichheit aller Menschen sowie die Verpflichtung einer abwählbaren Regierung postuliert. Großbritannien erkannte erst 1783 mit einem in Paris ausgehandelten Friedensvertrag die Souveränität der ehemaligen Kolonien an.

In den Folgejahren bedrohten Partikularinteressen der Einzelstaaten den Zusammenhalt der Konföderation und machten den Kongress handlungsunfähig. Um das Land vor dem Zerfall zu bewahren, trat 1787 ein Verfassungskonvent zusammen, der am 4. März 1788 die Verfassung der Vereinigten Staaten proklamierte. Sie beruht auf den Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung. Zwei Jahre später wurden zehn Verfassungszusätze hinzugefügt, die „Bill of Rights“, die einen Grundsatzkatalog der Menschenrechte darstellen.

Ab 1840 gelangten immer mehr Einwanderer von den britischen Inseln sowie aus Nord- und Mitteleuropa in die USA. Der Bedarf an neuen Arbeitskräften eröffnete vielen Menschen des alten Kontinents die Chance des gesellschaftlichen Aufstiegs, der ihnen in der Heimat verwehrt geblieben war. Sie trieben die Erschließung des Landes nach Westen, die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die Vernichtung der Ureinwohner, der sogenannten „Indianer“ voran, die nach und nach entweder in Reservate verbannt oder getötet wurden.

Bis zum Jahr 1867 wuchsen die USA auf ihre heutige Fläche an und vergrößerten sich damit um mehr als drei Millionen Quadratkilometer. Die territorialen Gewinne ergaben sich sowohl durch Landkäufe, beispielsweise von Spanien, Frankreich, Mexiko und Russland als auch durch siegreiche Kriege – so gegen Großbritannien 1814 und gegen Mexiko 1848. Die Volkswirtschaft der USA wuchs in beträchtlichem Maße und überflügelte bereits im 19. Jahrhundert die ökonomische Leistungskraft vieler europäischer Staaten. Der Konflikt um die Abschaffung der vorwiegend in den Südstaaten verbreiteten Sklaverei löste 1861 den Sezessionskrieg zwischen Nord- und Südstaaten aus, der bis 1865 wütete und mindestens 600.000 Menschen das Leben kostete. Am Ende siegte der wirtschaftlich überlegene Norden, der Kongress sprach die ehemaligen Sklaven frei und verlieh ihnen das Stimm- und Bürgerrecht.

1890 begann das imperiale Zeitalter der USA. Angesichts zunehmender Absatzschwierigkeiten und Überproduktionen bemühte man sich, neue Märkte in Mittel- und Südamerika, aber auch in Ostasien zu erschließen. Obwohl die USA bereits eine Weltmacht waren, suchten sie eine Verwicklung in den Ersten Weltkrieg zu vermeiden und stattdessen zwischen den kriegführenden Staaten zu vermitteln. Der Isolationismus wurde zum außenpolitischen Grundsatz, ließ sich jedoch weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg konsequent verfolgen. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor und die Kriegserklärung Deutschlands und Italiens bewirkten im Dezember 1941 den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg. Die technische und materielle Überlegenheit der USA erwies sich im Verlauf des Krieges als erdrückend, Japans bedingungslose Kapitulation erfolgte 1945 nach dem Abwurf von zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Das Sicherheitssystem der Vereinten Nationen konnte hingegen den „Kalten Krieg“ der USA gegen die kommunistisch regierten

Staaten unter der Führung der UdSSR nicht verhindern. In der Kuba-Krise 1962 wurde die Gefahr eines nuklearen Zusammenstoßes der beiden Weltmächte offenbar. Der nie offiziell erklärte, mit allen, auch völkerrechtlich nicht erlaubten Mitteln geführte Vietnamkrieg erwies sich als schwere politische Belastung, die auch das Selbstverständnis der Nation in Frage stellte.

Das Trauma vom verlorenen Vietnamkrieg spielte auch 1991 noch eine Rolle, als Präsident George Bush nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait und dem Ablauf des von der UNO gestellten Ultimatum den Beginn eines Krieges befürwortete. Der Golfkrieg endete nach drei Monaten.

Am 11. September 2001 wurden die USA Ziel einer Reihe von Terrorakten islamischer Fundamentalisten: Selbstmordattentäter kaperten vier zivile Flugzeuge und zerstörten durch gesteuerte Abstürze Teile des Pentagons sowie die beiden Türme des World Trade Centers. In Reaktion auf diesen „Angriff auf die Freiheit“ begann Präsident George W. Bush einen Krieg in Afghanistan, der im Frühjahr 2003 auf den Irak ausgeweitet wurde.

Trotz der Kritik der internationalen Staatengemeinschaft an ihrer kriegerischen Vorgehensweise verstehen sich die USA als eine Nation, die den Glauben an die Rechte und Freiheit des Individuums zu leben und zu verteidigen sucht.



A handwritten signature of Benjamin R. Barber in cursive script, positioned to the right of the portrait.

Professor für
Politikwissenschaft
New York

| Woher kommen Sie?

„Ich komme weder vom Mars noch von der Venus – um diesen vor einiger Zeit populär gewordenen Vergleich zwischen Amerikanern und Europäern zu paraphrasieren. Ich komme aus New York. Ich bin dort geboren und aufgewachsen, und bin nach zehnjähriger Abwesenheit wieder dorthin zurückgekehrt.“ Der Autor Benjamin R. Barber fühlt sich seit seiner Geburt am 2. August 1939 der Stadt am Hudson River verbunden. „Natürlich“, so wendet er ein, „kommt es immer auf den Kontext an, in dem diese Frage gestellt wird.“ An Grenzkontrollen etwa zeige er selbstverständlich seinen US-amerikanischen Pass. Mit seiner Heimatstadt und seinem Land fühlt sich der vielgereiste Barber eng verbunden, sein Traum jedoch wäre, mit vollem Recht behaupten zu können, er sei ein Weltbürger. „Es wäre wundervoll, sagen zu können, ich sei Weltbürger, aber momentan ist das noch eine reine Abstraktion, die anmaßend, intellektuell und inhaltsleer klingt und darüber hinaus eine Lüge wäre.“

Schon als Siebzehnjährigen zog es Barber nach Europa, wo er zunächst am Albert Schweitzer College in Graubünden studierte. Von dort führte sein Weg 1958 zur London School of Economics and Political Science. „Die frühen Aufenthalte in Europa haben meinen Blick für die USA geschärft“, sagt Barber, der schon damals zwischen der gewachsenen Demokratie in den USA und den Entwicklungen der jungen Demokratien in Europa Vergleiche anstellte. Nach seinem Diplom 1963, seiner Promotion 1966 im Fach „Government“ an der Harvard University und seiner Lehrtätigkeit an verschiedenen amerikanischen Universitäten erschien 1984 sein Buch „Starke Demokratie“, das Barbers wissenschaftliche Analysen reflektierte. Das Werk avancierte in den Folgejahren zum Klassiker der demokratischen Theorie. Barber geht darin mit der liberalen Demokratie, mit repräsentativen Regierungsformen und mit

der Arroganz, die den Bürgern sowohl von der politischen Wissenschaft als auch von der politischen Klasse entgegengebracht wird, hart ins Gericht.

Drei Jahre zuvor war bereits sein Roman „Marriage Voice“ erschienen. Auch in den Folgejahren stellte Barber immer wieder seine schöngestigen Fähigkeiten unter Beweis. So verfasste er das Libretto für George Quinceys Oper „Home and the River“ und unterstützte seine Frau Leah Kreutzer, eine Choreographin, bei der Realisierung des Performancestückes „Kaspar“.

Unter dem Eindruck des Balkankrieges schrieb Barber, inzwischen an der Rutgers Universität in New Jersey lehrend, das Buch „Dschihad vs. McWorld“. Das Buch erschien 1995 und wurde in zwanzig Sprachen übersetzt. Es zeigt den laut Barber grundlegenden Konflikt unserer Zeit auf: den Widerstreit zwischen einem alles beherrschenden, ungezügelt und grenzüberschreitenden Kapitalismus („McWorld“) und einem erstarkenden, reaktionären und ausgrenzenden Fundamentalismus („Dschihad“). Die diametral entgegengesetzten Strömungen verliefen nicht zwischen Kulturen, sondern innerhalb von Kulturen. „So gegensätzlich beide Prozesse sind“, sagt Barber, „gemeinsam untergraben sie das Fundament unserer Demokratie.“

Mit dem Schriftsteller Patrick Watson schrieb Barber 1998 das Drehbuch für die Fernsehproduktion „The Struggle for Democracy“. Für US-Präsident Bill Clinton arbeitete er als Berater, eine Erfahrung, die er in dem Buch „The Truth of Power“ verarbeitete.

Nach Gründung des „Walt Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy“, einem Institut an der Rutgers University in New Jersey, das sich mit der Zukunft der Demokratie beschäftigt, wurde Barber 2001 Professor für Zivilrecht an der Universität von Maryland. Darüber hinaus wurde er einer der Vorsitzenden des New Yorker Instituts „Collaborative Democracy“. Immer wieder

hat Barber Europa besucht. Im Frühjahr 2002 war er als Daimler-Chrysler-Fellow zu Gast an der American Academy in Berlin. Als nach dem 11. September 2001 in Washington die Weichen für eine neue Präventivkriegsstrategie gestellt wurden und „die Austrocknung der bürgerlichen Freiheitsrechte in den USA durch das neue Ministerium für Innere Sicherheit begann“, sah sich Barber gezwungen, vor den Gefahren zu warnen. In dem 2003 erschienenen Buch „Imperium der Angst“ kritisiert er die Politik der Bush-Regierung – Ausdruck seiner politischen Bekenntnisse zu Völkerrecht und globaler Demokratie. „Das Buch spiegelt die Hoffnung wider, dass die USA ihr zum Scheitern verurteiltes Bemühen aufgeben, Angst mit Angst zu bekämpfen.“

| Ausgewählte Buchveröffentlichungen

Benjamin R. Barber: Starke Demokratie.
Rotbuch Verlag, Berlin 1994
Originalausgabe: Strong Democracy.
University of California Press, 1984

Benjamin R. Barber: Coca Cola und heiliger Krieg.
Scherz Verlag, Bern/ München/ Wien 1996
Originalausgabe: Jihad vs. McWorld.
Random House, New York 1995

Benjamin R. Barber: Imperium der Angst.
Die USA und die Neuordnung der Welt
C.H. Beck Verlag, München 2003
Originalausgabe: Fear's Empire. Terrorism, War and Democracy
Verlag W.W. Norton, New York 2003

| Wohin gehen Sie?

„Die Zukunft des ‚American way of life‘ interessiert mich nicht. Mich interessiert die Zukunft des ‚Human way of life‘. Und dieser Weg hat sehr viel mit Vielfalt zu tun, mit Unterschieden, mit der Heterogenität von Lebensformen. Der Kern der menschlichen Freiheit beruht auf dem ganz individuellen Ausdruck von Personen und Personengruppen, der erst durch Vielfalt entsteht. Wenn wir alle gleich wären, bräuchten wir keine Freiheit. Freiheit brauchen wir gerade aufgrund unserer Verschiedenheit.“

Barbers Hoffnung für die Zukunft ist ein globaler Lebensstil, der die Vielfalt, die Heterogenität und den Pluralismus der verschiedensten Gesellschaftsformen widerspiegelt. Pluralismus, der nur einseitig Werte toleriert, ist für ihn kein wirklicher Pluralismus. Pluralismus könne nicht nur Toleranz für diejenigen bedeuten, die ganz bestimmten Werten folgen. Unterschiede dürften nicht zu Gunsten von Uniformität unterdrückt werden.

„Heute ist ein internationaler Gesellschaftsvertrag nötig, der aber nicht mit einer ‚Declaration of Independence‘ – einer Unabhängigkeitserklärung – beginnt, sondern mit einer ‚Declaration of Interdependence‘, einer Erklärung wechselseitiger Abhängigkeit der Nationen und Völker. Darin müssten alle ihren Willen bekunden, eine gerechte Ordnung zu erstreben, an der die Menschen auf dem ganzen Erdball teilhaben können. Darin müsste erklärt werden, dass sich alle über die Anwendung von Macht Rechenschaft schuldig sind und dass alle gleichermaßen an den Schätzen und dem Wohlstand der Welt teilhaben können.“

Barber plädiert dafür, dass die USA besonnener auftreten, auf einseitiges Vorgehen verzichten und sich für den Aufbau einer sicheren, multilateralen politischen Weltordnung einsetzen sowie für mehr Verständigung und Kooperation zwischen den Kulturen und Staaten engagieren.

| Was ist für Sie typisch US-amerikanisch?

Abgesehen von den Nachfahren der Ureinwohner hat jeder US-Amerikaner seine Ursprünge außerhalb des Territoriums der USA. Als US-Amerikaner ist man deswegen immer Bindestrich-Amerikaner: Deutsch-Amerikaner, Jüdischer Amerikaner, Italo-Amerikaner oder Afro-Amerikaner. Die US-amerikanische Identität beginnt erst beim Bindestrich.

Das zweite wichtige Merkmal US-amerikanischer Identität summiert sich aus der glitzernd verführerischen Konsumkultur: Popmusik, Seifenopern, Fastfood und Jeans.

Die dritte Facette US-amerikanischer Identität lässt sich unter dem von Jean-Jacques Rousseau eingeführten Begriff „Zivilreligion“ zusammenfassen. Der Begriff wurde bereits von Alexis de Tocqueville benutzt und ist allgemein bekannt. Ich denke, dass sogar US-Amerikaner, die ihn nicht benutzen, das dahinter stehende Prinzip kennen und zum Ausdruck bringen können. Wenn man einen Afro-Amerikaner, einen Puertoricaner, einen Hollywood-Produzenten, einen jüdischen Rechtsanwalt aus New York und einen Katholiken aus Boston nach ihren Gemeinsamkeiten fragt, dann werden sie sich alle ungefähr folgendermaßen äußern: „Wir teilen dieselbe Geschichte, wir glauben an Freiheit, Toleranz, Fairness und Schutz der Privatsphäre, wir respektieren einander, wir sind alle Individualisten ...“ Sie werden also die Werte aufzählen, aus denen der Zivilglaube gebildet ist.

| Was macht Sie zum US-Amerikaner?

Für mich bedeutet, US-Amerikaner zu sein, in erster Linie, bestimmte bürgerliche Prinzipien anzuerkennen. Die Unabhängigkeitserklärung, die Verfassung der Bill of Rights, Elizabeth Cady Stantons Erklärung von Seneca Falls, die Proklamation der Skla-

venbefreiung, die Gettysburger Rede von Abraham Lincoln und die Rede von Martin Luther King mit dem Leitsatz „I have a dream“ sind bürgerrechtliche Dokumente, um die herum sich die amerikanische „Zivilreligion“ gebildet hat.

„Zivilreligion“ oder „Verfassungspatriotismus“, wie es von Jürgen Habermas und anderen bezeichnet wird, ist für mich die bedeutendste Form US-amerikanischer Identität, weil sie alle US-Amerikaner über ihre Bindestrichidentitäten hinaus vereint und die USA als Nation zusammenhält. Abgesehen von ihrer Zivilreligion wird die US-amerikanische Konföderation mit ihrem schwachen Zentralstaat und ihren vielen regionalen Eigenheiten doch nur durch die Pop- und Konsumkultur zusammengehalten.

Da ich mich nicht besonders stark mit der Konsum- und Popkultur identifizieren kann, wurzelt meine persönliche Identität als US-Amerikaner im Zivilglauben.

| Auf welcher Idee gründen die USA?

Seit ihrer Gründung haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika immer für einzigartig gehalten und daher auch für erhaben über die Gesetze, die das Zusammenleben und die Geschicke anderer Nationen steuern. Der amerikanische Patriotismus bezog seine Kraft nicht aus Blut, sondern aus Ideen, nicht aus Volkszugehörigkeit, sondern aus dem Gesetz, nicht aus Verwurzelung, sondern aus freiwilliger Zugehörigkeit zum Gemeinwesen, nicht aus konfessioneller Orthodoxie, sondern aus dem Glauben an die Verfassung.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren schon im 18. Jahrhundert erstaunlich multikulturell. Verglichen mit Spanien, Frankreich oder England waren sie viel bunter gemischt, mit dörflichen und urbanen Gegenden, Sklaven und freien Menschen, Industrie und Landwirtschaft. Das Einzige, was alle diese verschiedenen Ge-

sellschaftssegmente teilten, waren bestimmte gemeinsame Werte. Es gibt die von Crèvecur viel gelesenen und zurecht berühmten „Briefe eines amerikanischen Bauern“, in denen nicht nur die neuen Prinzipien, auf denen Amerika gründen sollte, propagiert werden, sondern auch ein „neuer Mensch“ beschrieben wird, der nach diesen neuen Prinzipien lebt. Crèvecur sieht eine neue, eine besondere menschliche Identität aus diesen Prinzipien hervorgehen. Im 18. Jahrhundert war man der Ansicht, dass die USA auf Prinzipien gegründet wurden, die den damaligen europäischen Verhältnissen entgegengesetzt waren. Deswegen spricht man manchmal vom „Ausnahmefall Amerika“. Die Verfassungsgebung der USA basierte, mit den Worten von James Madison, auf experimenteller Wissenschaft. Das heißt, einer neuen Politikwissenschaft, die von den politischen Theoretikern aus Europa, wie Hugo Grotius, Thomas Hobbes oder John Locke, nicht umschrieben worden war. Sie begründete eine neue Theorie und eine neue Praxis. Tom Paine hat einmal gesagt, wir hätten die Welt in Amerika noch einmal von vorne beginnen lassen. Deshalb fühlten sich die Amerikaner berechtigt, zurückzublicken, als befände man sich „am Anfang der Zeit“. Die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung berief sich auf Menschenrechte, die tiefer reichten und weiter zurück gingen als politische Verbriefungen jedweder Art, Rechte, die den gewaltsamen Sturz eines seine Macht missbrauchenden Regimes legitimierten und jedem Volk der Erde den Anspruch zuerkannten, „unter den Mächten der Erde den selbstständigen und gleichberechtigten Rang einzunehmen, zu dem Naturrecht und göttliches Gesetz es berechtigen.“

I Was unterscheidet die USA von anderen Nationalstaaten?

Ein traditioneller Nationalstaat stellt Einheit durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Religion, Rasse oder Ethnizität her. Ita-

liener zu sein, bedeutet zum Beispiel, einer bestimmten Ethnie anzugehören, italienisch zu sprechen, katholisch zu sein und eine Geschichte zu haben, die bis ins Römische Reich zurückreicht. In anderen Worten heißt das, ein Italiener besitzt eine Staatsbürgeridentität, die von Geburt an gegeben und nicht gewählt ist. Im Gegensatz dazu bekommt man die US-amerikanische Staatsbürgeridentität durch freiwillige Wahl – man schließt sozusagen einen Vertrag ab. Menschen mit den unterschiedlichsten Staatsangehörigkeiten haben in den Vereinigten Staaten von Amerika die Möglichkeit, ihre sozusagen angeborene Staatsbürgeridentität aufzugeben und stattdessen in freier Wahl die US-amerikanische Identität anzunehmen. Das ist ziemlich ungewöhnlich. Der interessanteste Vergleichsfall in diesem Zusammenhang ist Frankreich. Denn obwohl Frankreich ganz klar eine „angeborene“ Staatsbürgeridentität hat, nämlich „fränkisch“, katholisch und französischsprachig, besitzt es ein Staatsbürgerschaftsverständnis, das ebenfalls auf Werten und freier Wahl beruht. Es ermöglicht anderen, zu Franzosen zu werden, wenn sie willens und in der Lage sind, die mit französischer Staatsbürgerschaft verbundenen Werte und Prinzipien zu teilen. Im Übrigen unterscheiden sich die USA von anderen Nationalstaaten dadurch, dass die US-Amerikaner als eine Nation von Einwanderern der Einwanderung auch besonders offen gegenüberstehen. Amerika fällt es viel leichter als Europa, Immigranten aller Glaubensrichtungen eine Heimat zu bieten. Es scheint religiösen Moslems eher zu gelingen, sich in einer religiösen aber pluralistischen Gesellschaft wie den USA zu integrieren als in den säkularen Gesellschaften Europas.

| Vor welchen Herausforderungen steht der Nationalstaat?

Auf den Nationalstaat, der in den letzten 200 Jahren das vorrangige Symbol politischer Identität gewesen ist, wird von zwei Seiten

gleichzeitig Druck ausgeübt. Diese beiden Kraftfelder ziehen den Nationalstaat mit etwa gleicher Stärke in entgegengesetzte Richtungen. „McWorld“, wie ich eine der beiden Seiten nennen möchte, steht für die Kräfte von Globalisierung und Integration, das heißt Technologie, Ökologie und globale Märkte, die nationale Grenzen durchlässig werden lassen. „McWorld“ übt dahingehend Druck auf die Menschen aus, sich anstatt mit dem Nationalstaat mit zentralisierteren, globaleren Machtstrukturen und globalen Organisationsformen zu identifizieren. Einerseits wird der Nationalstaat also durch die Globalisierung „von oben“ attackiert, andererseits durch die Kräfte des „Dschihad“ auch „von unten“ bedrängt. Der Begriff „Dschihad“ steht für ethnische, religiöse und archaische Gruppierungen, die häufig andere Identitäten schaffen, die mit den nationalen Identitäten konkurrieren und dadurch Nationalstaaten zerstören können. So zerbrach zum Beispiel der Nationalstaat Ruanda durch sich bekriegende Stammesgruppen. Auch Jugoslawien und die Sowjetunion zerfielen unter dem Druck „von unten“, der von Splittergruppen ausgeübt wurde. „Dschihad“ und „McWorld“ ist gemeinsam, dass sie beide den Nationalstaat bekämpfen und versuchen, die nationale Identität zu zerstören. Jeder kennt dieses alte Klischee, dass der Nationalstaat zu klein ist, um das neue Machtkonglomerat der globalen Gesellschaft zu kontrollieren, aber zu groß, um Identifikation und Mitgliedschaft zu gewährleisten, die Menschen erst zu Bürgern machen. Und daraus entstehen diese zwei Druckrichtungen: Beim Versuch, sich mit der globalen Wirtschaftsmacht auseinander zu setzen, löst sich der Nationalstaat „nach oben“ hin auf, und beim Versuch, sich mit alternativen, sinnstiftenden Gruppierungen auseinander zu setzen, löst er sich „nach unten“, hin auf.

| Welche Zukunft hat der Nationalstaat?

Auch wenn der Nationalstaat vielfältigen Gefahren ausgesetzt ist, wird zu oft leichtfertig von seinem Ende gesprochen. Trotz der beiden heute beobachtbaren Tendenzen Globalisierung und Tribalisierung bleiben die Institutionen des Nationalstaates klassischen Zuschnitts Rückgrat der Demokratie. Der Nationalstaat wird auf absehbare Zeit das leistungsfähigste Gemeinwesen und der beste Garant für Stabilität bleiben. Die Kraft der Demokratie kann sich dadurch bewähren, dass sich der Nationalstaat dafür einsetzt, supranationale Verwaltungsstrukturen und internationale Mechanismen der Gesetzgebung und Zusammenarbeit sowie globale Spielarten demokratischer Herrschaftsformen zu entwickeln.

| Nach der Lektüre Ihres Buches „Dschihad vs. McWorld“ war ich erstaunt darüber, mit welcher Präzision Sie schon 1995 eine Konfliktenwicklung skizzierten, die in den Terroranschlägen von New York City und Washington D.C. am 11. September 2001 erschreckende Realität wurde.

Was wir an jenem unheilvollen Morgen des 11. September überall in der Welt am Bildschirm verfolgen konnten, war ein taktischer Schachzug selbsternannter islamischer Gotteskrieger im Feldzug des Terrorismus gegen die USA. Die Terroristen haben sich an diesem Tag der fernöstlichen Philosophie des Jiu-Jitsu bedient. Bei dieser Kampfkunst geht es darum, die Kraft des Gegners zu nutzen, um ihn zu besiegen. Die ideologisch verbrämten und religiös instrumentalisierten Terroristen haben die konventionelle militärische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ihrem eigenen Vorteil genutzt; sie haben die offene Gesellschaft der USA zum Feind erklärt und sich ihrer Kommunikations- und Transportmöglichkeiten bedient, um sie auf eigenem Boden an den Stellen zu verwunden, an denen sie bis zu jenem Tag als unverwundbar galt. Es gelang ihnen nicht nur, die Kathedralen des freien Unternehmertums in New York City und den Tempel der amerikanischen Militärmacht in Washington D.C. zu treffen und zu zerstören. Es ist den Terroristen darüber hinaus gelungen, den USA ihre Logik aufzuzwingen, nämlich Angst zu erzeugen. Weil die Angst die einzige Waffe des Terrorismus ist, bemühen sich Terroristen darum, eine Epidemie der Angst zu verbreiten.

| Wie äußert sich diese Angst, und welche Auswirkungen hat sie auf die Gesellschaft?

Wie sich diese Angst auf Menschen auswirkt, wurde spätestens mit Einführung der farbcodierten Alarmstufen deutlich, mit denen die

US-Regierung, die gewollt oder auch nicht gewollt die Spielregeln der Terroristen übernommen hat, der Bevölkerung bekannt gibt, wie sicher sie sich zum jeweiligen Zeitpunkt fühlen darf – was zu einem ständigen Gefühl der Unsicherheit geführt hat. Dieser Zustand, in dem die Angst die Gefühlslage der Menschen bestimmt, hat Schäden angerichtet, die durchschlagender sind als die eigentlichen Anschläge.

Die Angst ist per definitionem der wichtigste Bündnispartner des Terrorismus. Wenn Angst die Wahrnehmung der Welt bestimmt, gewinnen die Terroristen den Krieg, ohne dass sie einen Schuss abfeuern müssen. Der Terrorist kann in einer Berghöhle oder in einer Wohnung in Karatschi sitzen und der von Angst angetriebenen Selbstzerstörung seiner Feinde zusehen, nachdem er einen einzigen Terrorakt begangen oder einem solchen einige klug gewählte Anschlussdrohungen hinterher geschickt hat.

| Nach dem 11. September war der Feind schnell ausgemacht: Osama bin Laden, seine Terrorgruppe Al Qaida und der islamische Dschihad. Was ist mit letzterem konkret gemeint?

In meinem Buch „Dschihad vs. McWorld“ benutze ich den Ausdruck Dschihad, um die Kräfte zu kennzeichnen, die sich gegen die Modernisierung und Globalisierung wenden. Diese Kräfte sind aber nicht ausschließlich im Islam zu finden. Der Terror ist keine Besonderheit des Islam. Fundamentalistische Gruppierungen finden sich in allen Religionen und in allen Regionen der Welt, auch innerhalb der USA.

Der religiöse Fundamentalismus fühlt sich vor allem von der Dominanz säkularer und materialistischer Werte bedroht, die durch die Globalisierung verbreitet werden. Die Folge ist, dass traditionelle religiöse Gesellschaften sich abschotten und einmauern. Derselbe findet sich aber nicht nur in Strömungen des Islam, sondern

auch innerhalb der USA. Es sind Agitationen gegen die kommerzialisierte Gesellschaft, gegen McWorld und den US-amerikanischen Nationalstaat. Der Anschlag in Oklahoma City ist ein Beispiel dafür, dass die Unzufriedenheit auch unter US-Amerikanern wächst. Es gibt einflussreiche Kräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die nationale Regierung und die Demokratie auf nationaler Ebene ablehnen und der Meinung sind, dass der schlechte Einfluss der Regierung die demokratische Identität auf lokaler Ebene zerstört. In den USA gibt es zwei Millionen Menschen christlichen Glaubens, die sich gegen die zutiefst materialistische, säkulare Kultur der USA wenden, indem sie ihre Kinder nicht auf die öffentlichen Schulen schicken. Auch in Europa nehmen separatistische Tendenzen – eine gemäßigte Form des Dschihad – zu. Der Dschihad kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Allen Formen gemeinsam ist die Suche nach einer Identität. Sie berufen sich auf die Geschichte und auf die Religion, auf alte Privilegien und Sitten, auch wenn diese in der Vergangenheit niemals existierten.

| Der Kraft des Dschihad stellen Sie in Anspielung auf den Namen eines global agierenden Unternehmens McWorld entgegen.

Während der ethnische und religiöse Dschihad Gemeinschaft von Blut und Boden durch Ausgrenzung und Hass erzwingt, schafft McWorld Weltmärkte für Konsum und Profit und will alle Fragen des öffentlichen Interesses und des Gemeinwohls aus der Zuständigkeit demokratischer Staaten und ihrer einst verantwortungsvollen Regierungen lösen und von der unsichtbaren Hand des freien Marktes geregelt wissen. McWorld steht als Sinnbild für Privatisierung, Kommerzialisierung und eine universale Konsumkultur. Milliarden schwere Marketingstrategien und weltweite Vertriebsstrukturen haben dazu geführt, dass überall die gleichen populä-

ren Musikvideos, Markenturnschuhe und Softdrinks konsumiert werden. Der Ansturm von McWorld verwandelt schrittweise öffentlich handelnde Bürger in selbstbezogene Individuen, die mit Konsumartikeln konfrontiert sind, die sie zu einfältigen Menschen oder in den Worten von Herbert Marcuse zu „eindimensionalen Menschen“ machen: Sie schauen sich nur noch Spielfilme aus Hollywood an, essen bei McDonald's und trinken Coca-Cola, tragen Blue Jeans und Turnschuhe usw. Im Zuge der Globalisierung werden immer mehr Nationen in das Korsett einer einheitlichen Kultur gepresst, das zusammengehalten wird aus Information, Werbung und dem Kommerz multinationaler Unternehmen. Die gleichen Filme, die gleichen Hotels, die gleichen Game-Shows, das gleiche Essen, wo immer man auch ist – das zerstört den kulturellen Pluralismus.

| Welche der beiden gegenläufigen Tendenzen ist stärker, Dschihad oder McWorld?

Wenn man nur den Wirtschaftsteil der Tageszeitung liest, könnte man meinen, dass sich die Welt in zunehmendem Maße vereint, dass die Grenzen in zunehmendem Maße durchlässiger werden und dass Firmenfusionen die Welt nach und nach zu einem einzigen internationalen Markt verbinden. Wenn man sich dann aber der Titelseite zuwendet, könnte man zu einem genau gegenteiligen Schluss gelangen, nämlich, dass die Welt zunehmend durch Bürgerkrieg und die Zersplitterung der Nationen auseinandergerissen wird.

Die heiligen Kleinkriege werden die Welt noch lange beschäftigen und in Atem halten. Am Ende wird McWorld jedoch gewinnen. Gegen einen politischen Tyrannen kann man aufbegehren, man hat einen Gegner, gegen den man kämpfen kann. Gegen die Tyrannei von McWorld dagegen kommt man nur schwer an, denn sie kommt

durch die Hintertür. Die Menschen unterwerfen sich ihr freiwillig. Das macht die Kraft von McWorld aus.

| Wer sind die Protagonisten von McWorld?

Die Protagonisten von McWorld sind multinationale Konzerne, internationale Banken, weltweite Nachrichtennetze, die sich nicht für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, eine unabhängige Justiz oder das Gemeinwohl interessieren. Dennoch werden sie immer mächtiger und bestimmen unser Leben. Rupert Murdoch, Bill Gates oder Steven Spielberg sind heute noch mächtiger und einflussreicher als früher Ford, Rockefeller oder Carnegie. Denn es sind nicht materielle Güter wie Autos, Stahl, Öl, die sie kontrollieren, sondern immaterielle Güter, die in der heutigen Welt, die auf Informationen beruht, noch viel wichtiger sind: Sie beherrschen die Bilder, Symbole und Ideen dieser Welt.

Es ist die Logik des globalen Marktes, die das Selbstbestimmungsrecht der Bürger unterhöhlt. In seiner Logik hat der Profit Vorrang vor dem Allgemeinwohl, das Private Vorrang vor dem Öffentlichen. In dieser Logik sind die Menschen Konsumenten, die in erster Linie durch kommerzielle Transaktionen miteinander verbunden sind, nicht durch übergreifende öffentliche Interessen.

| Sehen Sie in dieser Entwicklung eine der Ursachen für die Anschläge und die verstärkten Ressentiments gegen die US-amerikanische Politik?

Es gibt verschiedene Gründe. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die USA die letzte Supermacht der Welt. Aufgrund dieser historisch einzigartigen Konstellation ist es den USA gelungen, ein globales Wirtschaftssystem zu installieren, das dazu beigetragen hat, ihre wirtschaftliche, kulturelle und militärische

Vormachtstellung weiter auszubauen. Die Vorherrschaft ist aber einhergegangen mit Versäumnissen, die sich nun rächen.

Die Überheblichkeit und Arroganz im Umgang mit internationalen Abkommen haben dem Ansehen der USA geschadet und verstärken die antiamerikanische Stimmung. Als es 1992 in Rio de Janeiro und 2002 in Johannesburg um die Zukunft der Menschheit ging, hielten sich die USA weitgehend zurück. Sie verweigerten die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, das dazu beitragen will, die Treibhausgase zu vermindern und damit die zunehmende Klimaerwärmung zu verhindern. Sie verweigern sich ebenso dem Vertrag zum Bann der Landminen und sprechen sich gegen die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes aus. Sie haben die internationale Staatengemeinschaft vor den Kopf gestoßen. Die USA haben jedes Bemühen um gemeinsames Handeln zurückgewiesen – mit dem Argument, die eigenen nationalen Interessen bewahren zu wollen.

Ein weiterer Grund für die Ressentiments liegt im Wohlstandsgefälle zwischen Süden und Norden, das im 17. Jahrhundert in dieser Form nicht existierte, das aber heute eins zu hundert beträgt. Die Ungerechtigkeit in der Welt ist für immer mehr Menschen offensichtlicher geworden. Über Satellitenprogramme erfahren auch Menschen in den entlegensten und ärmsten Regionen der Welt vom Überfluss und Wohlstand in den USA, Europa und einigen Teilen Asiens. Es ist offensichtlich, dass das explosive Folgen hat, weil man den Menschen, die immer ärmer werden, nicht auf unbestimmte Zeit Wohlstand vorenthalten kann. Der Unmut wächst nicht, weil bestimmte Regionen reich sind, sondern weil der Reichtum als Quelle der eigenen Armut angesehen wird. Das treibt die Massen in die Verzweiflung. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung treibt den Rattenfängern nur noch mehr Menschen zu, die Terrorakte unterstützen. Schauen Sie sich an, wo die Anschläge gefeiert wurden und wo nicht. Die größte Freude herrschte in einem palästinensischen

Flüchtlingslager, wo riesiges Elend herrscht. Wohlhabende arabische Geschäftsleute, Banker und Lehrer haben nicht gefeiert.

| Ein geflügeltes Wort geht um seit dem 11. September, das Wort vom „Kampf der Kulturen“, die etwas ungenaue Übersetzung des Buchtitels „The Clash of Civilizations“ von Samuel P. Huntington. Was ist von der These zu halten, dass die Gegensätze zwischen den acht Zivilisationen und Kulturkreisen, die Ihr Kollege schon 1993 in seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ unterschieden hat, zum Krieg eskalieren? War der 11. September ein Indiz für die Richtigkeit seiner Thesen?

Nein, mit Sicherheit nicht. Die These übersieht, dass sich die Wirklichkeit anders darstellt. Das Buch von Samuel P. Huntington entwirft ein düsteres und surreales Alptraumszenario. Meiner Meinung nach ist das, was er in diesem Buch ausbreitet, politisch gefährlich, theoretisch naiv und ein konzeptioneller Irrtum. Die Täter von New York und Washington haben nicht im Namen der islamischen Kultur gehandelt. Es sind Terroristen gewesen, die innerhalb der westlichen Kultur lebten und die sich der Zerstörung verschrieben hatten. Sie waren keine armen Leute, aber sie haben Zustimmung erfahren von Menschen ohne Hoffnung und ohne Chancen. Das heißt aber nicht, dass alle islamischen Staaten den Zerstörungswillen unterstützen. Die uneinheitliche islamische Welt ist weit entfernt davon, vereint in einen Heiligen Krieg gegen den Westen zu ziehen. Es ist vielleicht der größtenwahnsinnige Wunsch von Osama bin Laden gewesen, einen solchen Krieg anzuzetteln und ihm zu Durchschlagskraft zu verhelfen, aber die Wahrheit sieht anders aus. Selbst George W. Bush versuchte, islamische Staaten für seine Allianz gegen den internationalen Terrorismus auf seine Seite zu ziehen.

| In Ihrem Buch „Dschihad vs. McWorld“ zerfällt die Welt in zwei

Lager. Wo liegen die Unterschiede zwischen Ihrem Buch und dem von Samuel P. Huntington?

Den Unterschied zwischen Dschihad und McWorld findet man innerhalb jeder Kultur, jeder Gesellschaft, ja sogar innerhalb jedes Individuums. Es gibt keinen Krieg zwischen Kulturen, sondern einen Krieg innerhalb jeder Kultur zwischen Kräften, die uns nach unten ziehen, in Richtung Gruppenzugehörigkeit, und Kräften, die uns nach oben in Richtung einer globalen Zugehörigkeit ziehen. Wer annimmt, dass der Islam gegen den Westen steht oder der Westen gegen den Rest der Welt, hat die wahre Natur der Dinge nicht verstanden. Die Bipolarität des Kalten Krieges existiert zwar nicht mehr, wurde aber nicht vom Kampf der Kulturen ersetzt. Es ist vielmehr so, dass es, vom politischen und militärischen Standpunkt aus, entweder die „Hypermacht“ USA als einzigen Pol gibt, oder aber eine fragmentierte Welt, die sich um viele verschiedene Pole herum gruppiert. Auf der anderen Seite verdrängt die Weltwirtschaft durch Immigrations- und Globalisierungsdruck tendenziell die USA aus dem Zentrum. Wir können uns darüber streiten, ob die USA und die Weltwirtschaft nicht dasselbe sind. Ich bin nicht dieser Ansicht, weil die Weltwirtschaft auch den USA Nachteile bringt und wir genauso wie andere Nationen in vielfältiger Weise unter ihr leiden. Unsere Welt ist unter mehreren Gesichtspunkten gespalten, aber Huntingtons These vom Kampf der Kulturen übersieht, dass diese Kräfte interdependent sind, dass sie zusammenarbeiten und einander verstärken.

| Von der US-Regierung wurden die Anschläge am 11. September 2001 als Angriff von außen gewertet. Der Kampf gegen den Terrorismus war nicht direkt ein Kampf der Kulturen, aber ein Angriff auf andere Staaten. Haben die USA rechtmäßig gehandelt, als sie Afghanistan und den Irak als Substitute der Terroristen behandelten?

Die USA haben im Geiste des 19. Jahrhunderts reagiert, als wären sie von einem anderen Staat attackiert worden. Sie haben nach einem Staat gesucht, den sie für den Anschlag verantwortlich machen konnten, haben Afghanistan gefunden und das dortige Taliban-Regime zerstört – aber der Terrorismus ist damit natürlich nicht verschwunden. Die Logik, die hinter dem Angriff auf so genannte Unterstützerstaaten steht, greift zu kurz. Der Krieg gegen die „Schurkenstaaten“ ist ein unzureichendes Instrument gegen den Terror. Ein Staat mag nachweislich Terroristen beherbergen und unterstützen, doch die Eliminierung dieses Staates führt nicht zwangsläufig zur Ausschaltung der Terroristen. Das Taliban-Regime ist verschwunden, al Qaida aber nicht, Saddam Hussein ist gestürzt, der Terror treibt aber weiter seine Blüten. Die Terroristen selbst repräsentieren nicht das System der Nationalstaaten. Sie attackieren dieses System, sie attackieren Afghanistan und Pakistan und die Vereinigten Staaten. Sie greifen die USA von innen an. Präsident Bush will alle Staaten angreifen, die den Terroristen Unterschlupf geboten haben. Die zwei wichtigsten Staaten in diesem Zusammenhang waren Florida und New Jersey, aber denen wird natürlich nicht der Krieg erklärt.

| Was meinen Sie damit?

Während die Bush-Administration Truppen nach Afghanistan und in den Irak entsandte, um dort Nester des Terrorismus zu bekämpfen, nisteten gleichzeitig Terroristen in England und Deutschland, in New Jersey, Florida und Neu-England. Streng genommen müssten auch diese Staaten zu denen gezählt werden, die Terroristen beherbergen und denen unnachsichtige Vergeltung droht. Es wäre falsch, den Anschlag als Konflikt zwischen souveränen, unabhängigen Nationalstaaten zu interpretieren. Der Terrorismus veranschaulicht die neue Interdependenz der Nationen, ihre neue Ir-

relevanz und die Bedeutung von Gruppen, die in den transnationalen Räumen zwischen den Nationalstaaten und über sie hinweg arbeiten und nicht im System der Nationalstaaten. Das legt eine ganz andere Reaktion nahe als einen Militärschlag der US-Regierung gegen einen anderen Nationalstaat. Vielleicht wird unsere „Fathwa“ einen anderen Nationalstaat auf der „Achse des Bösen“ treffen, vielleicht Nordkorea, Syrien oder den Iran. Aber die Terroristen werden dann einfach weiterziehen, und dann kommt Jemen an die Reihe, dann Indonesien, dann der Sudan und danach natürlich Deutschland, Frankreich, Spanien und England, weil sich dort viele terroristische Zellen befinden. Der Punkt ist: Terrorismus ist Teil der neuen globalen Interdependenz der Völker, und er nutzt diese Interdependenz. Wer bei der Terrorismusbekämpfung vom System unabhängiger, souveräner Staaten des 19. Jahrhunderts ausgeht, missversteht die Bedrohung und reagiert ineffektiv.

| Bei den Anschlägen auf World Trade Center und Pentagon wurden die Symbole der wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA getroffen. Das dritte Ziel, die Sommerresidenz des US-Präsidenten, Camp David, wurde verfehlt. Die Ziele der Terroristen waren nicht Carnegie Hall oder Hollywood, sondern die Zentren von Macht und Geld. Welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen?

Die Anschläge haben gezeigt, wie löchrig die Schutzhülle der nationalen Souveränität, wie zwecklos die Errichtung eines Schutzschildes gegen Raketenangriffe und wie obsolet eine einst stolz verkündete Unabhängigkeitserklärung ist. Die Anschläge haben einen Schlusspunkt unter die bisherige Geschichte der US-amerikanischen Unabhängigkeit gesetzt. Die USA wissen, dass sie kein sicherer Hafen mehr sind, an den man sich verträumt zurückziehen kann. Ebenso wie der 11. September uns eine Lektion über die

Wirksamkeit der Angst erteilt hat, haben wir durch ihn auch etwas über die Grenzen und Unzulänglichkeiten militärischer Macht gelernt. Seit den Anschlägen wissen wir, wie anfällig unser hochtechnisiertes System ist. Anfällig für Terrorismus, anfällig für die organisierten Kräfte der Intoleranz, des Verbrechens und der Zerstörung. Wir können unsere Augen nicht mehr schließen vor dem, was in der Welt geschieht. Wir stehen nicht über den Dingen, sondern sind ins Weltgeschehen verwickelt. Probleme, die außerhalb unserer Grenzen beginnen, können schnell zu Problemen innerhalb unserer Grenzen werden und umgekehrt. Das war in der Vergangenheit anders. Die USA haben sich von zwei Ozeanen umgeben immer sicher fühlen können. Sie haben die Ängste und Unsicherheiten der restlichen Welt nicht teilen müssen. Die Probleme waren immer Welten entfernt. Das Gefühl der Sicherheit ist am 11. September 2001 dem Gefühl der Angst gewichen. Die Anschläge haben gezeigt, dass auch die modernsten Abfangjäger nichts gegen ein entführtes Passagierflugzeug ausrichten können, das wie ein Marschflugkörper seinem Zielobjekt entgegensteuert. Selbst eine geringfügige Manipulation kann unsere Gesellschaften in ein Chaos und eine menschliche Katastrophe stürzen. Die westliche Zivilisation und ihr Menschenrechtsverständnis beruht im Prinzip auf dem Grundgedanken, dass das Recht auf Leben das höchste Gut des Menschen ist. Doch was ist, wenn Menschen bereit sind, das Leben für ein in ihren Augen noch höheres Gut zu opfern? Menschen, die sich an den Rand gedrängt fühlen, die bereit sind, ihr Leben für eine bessere Welt zu geben, bringen unser Rechtssystem in arge Bedrängnis. Unser ganzes Strafrecht ist schachmatt gesetzt.

| Wie sind in diesem Zusammenhang die militärischen Strafaktionen oder Vergeltungsschläge der USA zu bewerten?

Mit der Art und Weise, wie die politisch Verantwortlichen im Wei-

ßen Haus der terroristischen Herausforderung begegnet sind – ob mit ihren kriegerischen Aktionen oder mit ihrer Erhöhung der inneren Sicherheit –, haben sie genau jene Angst heraufbeschworen, welche die wirksamste Waffe des Terrorismus ist. Die Bush-Administration legt eine rücksichtslose Militanz an den Tag, in dem offenbaren Bestreben, ein Imperium der Angst zu errichten, furchterregender als alles, was Terroristen sich ausdenken können. Mit ihrer Drohung, alle Widersacher zu entwaffnen und ihre Feinde, aber auch ihre Freunde durch Einschüchterung unter ihre globale Vormundschaft zu zwingen, haben sich die USA, die als Leuchtturm der Demokratie von aller Welt bewundert und beneidet wurden, plötzlich zum allseits gefürchteten Kriegsherrn gewandelt.

| Warum ernannte George W. Bush eine Gruppe eher willkürlich ausgewählter souveräner Staaten zur „Achse des Bösen“? Warum ausgerechnet Irak, Iran und Nordkorea, warum nicht China, Libyen und Kuba?

Die Verbindungen zum Terrorismus können das Kriterium nicht sein, denn Nordkorea hat keine, und die US-Regierung konnte bis heute keinen Beweis dafür vorlegen, dass der Irak engere Kontakte zur Terrorszene hatte als etwa der pakistanische oder saudische Geheimdienst. Der Irak-Krieg wurde damit begründet, dass er eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit gewesen sei. Wenn es darum geht, sich zu verteidigen, hieß es, brauchen die USA keine anderen Länder um Erlaubnis zu fragen.

| Welche Auswirkungen hat die Doktrin des Präventivkriegs für die Welt?

Die Doktrin des Präventivkriegs hat nicht nur außen-, sondern auch innenpolitische Implikationen. So wie sie traditionelle Paradigmen

der Selbstverteidigung außer Kraft setzt und ein aggressiveres Vorgehen nach außen erlaubt, vermag sie rechtsstaatliche Garantien auszuhöheln und ein aggressiveres Vorgehen im Innern möglich zu machen. Seiner ursprünglichen Doktrin nach sollten sich die präventiven Militäraktionen gegen bekannte Terroristen richten. Problematisch wurde dieses Vorgehen, als sich der Krieg gegen den Terrorismus zum Krieg gegen Staaten entwickelte. Übersehen wurde, dass Staaten ungeeignete Objekte für Präventivkriege sind, weil sie Teil eines internationalen Systems sind, das sich auf das Prinzip der Souveränität sowie auf die gegenseitige Verpflichtung gründet, auf das Mittel des Krieges zu verzichten, es sei denn zur Abwehr einer Gefahr, die so unmittelbar droht, dass ein präventiver Angriff sich als antizipierende Selbstverteidigung rechtfertigen ließe.

Die Taten von Terroristen sind sichtbar, die Terroristen selbst aber nicht unbedingt. Auch wenn man die Terroristen kennt, ist ihr Aufenthaltsort nicht bekannt. Terroristen sind schwer aufzuspüren und mindestens ebenso schwer zu besiegen, da sie sich mit Leichtigkeit der Bekämpfung und dem Zugriff entziehen können. Die Verlagerung der Aufmerksamkeit von nicht-staatlichen Terroristen auf „terroristische Staaten“, die das Prädikat „Schurkenstaaten“ erhalten, gründet auf der Einsicht, dass sich Terroristen, die in unzugänglichen Berghöhlen und unbekanntem Mietwohnungen leben, weder durch intelligente Bomben noch durch gut ausgebildete Infanteristen noch durch atomare Abschreckung in die Knie zwingen lassen. Die militärische Überlegenheit der USA kommt nur dann zum Tragen, wenn der Gegner mit Waffen desselben Typs kämpft, aber zahlenmäßig und technologisch unterlegen ist.

| Wie sieht die militärische Überlegenheit der USA konkret aus?

Das Militärbudget von derzeit 350 Milliarden US-Dollar ist mit 36,3 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben höher als das al-

ler anderen NATO-Verbündeter zusammen. Die Vereinigten Staaten haben für die militärische Intervention im Irak fast 100 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Auch wenn an der Tatsache der amerikanischen Übermacht nicht zu deuteln ist, frage ich, wie es zu rechtfertigen ist, dass die USA bereit sind, Hunderte von Milliarden US-Dollar für Kriege auszugeben, deren langfristiger Nutzen alles andere als sicher ist, sich aber spreizen, auch nur ein Prozent dieses Geldes für Strukturhilfen im Bereich Ausbildung zu investieren, die ein wichtiger Beitrag wären für das große Ziel, künftige Kriege weit weniger wahrscheinlich zu machen.

| Trotz der hochtechnisierten Waffensysteme, die die USA in die Lage versetzen, Länder, die sie als Feinde betrachten, fast nach Belieben zu zerschmettern, behaupten Immanuel Todd und Immanuel Wallerstein, die Vormacht der Vereinigten Staaten befinde sich bereits im Schwinden. Welche Chancen und Probleme ergeben sich aus dem imperialen Status?

Während die Vereinigten Staaten von Amerika eine unangefochtene globale Hegemonie im militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich besitzen, haben sie Schwierigkeiten damit, die Kontrolle über ihre eigene Wirtschaft zu bewahren. Die weltweite Vernetzung sorgt dafür, dass Kapital, Arbeitsplätze und Investitionen überall hingehen können, ohne sich um die nationale Souveränität der USA scheren zu müssen.

Die beispiellose Macht schwächt die Stellung der USA ebenso, wie sie sie stärkt, denn sie kostet sie die Zuneigung derjenigen, über die sie ihre schützende Hand halten. Sie macht Verbündete renitent und sorgt dafür, dass sich in die Furcht derer, denen sie mit militärischer Intervention drohen, ein Stück Verachtung mischt. Hinter ihrer beispiellosen Macht verbirgt sich eine große Verwundbarkeit, denn um die Machtpositionen abzusichern, über die

sie bereits verfügen, müssen die USA die Reichweite ihrer militärischen Macht immer wieder vergrößern und befinden sich so fast per definitionem im Zustand der Überdehnung.

Die USA verfügen über die Mittel, Streitkräfte in aller Welt zu stationieren und mehrere Kriege gleichzeitig zu führen, sind aber nicht in der Lage, ihre höchste militärische Befehlszentrale, das Pentagon, oder die Kathedralen des Kapitalismus in Manhattan zu schützen, weil die Interdependenz den Schwachen die Chance eröffnet, die Kräfte des Starken gegen diesen selbst zu wenden.

Weil die nahezu unsichtbaren, eigentlich über keine reelle Macht verfügenden Kräfte, die den Terrorismus steuern, nicht Staaten sind, sondern sich verflüchtigen und in unterschiedlicher Gestalt an vielen Orten wieder zum Vorschein kommen können, sind sie von der furchterregenden militärischen Macht der USA nicht sehr beeindruckt. Die US-amerikanische Militärmacht kann ganze Länder ausradieren, aber terroristische Zellen und ihre Führer lassen sich auf diese Weise nicht ausschalten.

Wir leben in einer Zeit, in der selbst die Sicherheits- und Freiheitsbestrebungen der mächtigsten aller Nationen zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie auf eigene Faust handelt und sich ausschließlich auf ihre militärische Macht verlässt.

| Wie haben die USA früher auf solche Herausforderungen reagiert?

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts brachten die Vereinigten Staaten von Amerika zu der Überzeugung, der Weltfriede lasse sich ohne handlungsfähige internationale Institutionen, definiert durch durchsetzbare internationale Gesetze, weder erreichen noch aufrecht erhalten. In diesem Sinne wurden die Vereinigten Staaten 1945 zum Chefarchitekten der Vereinten Nationen. Sie bekannten sich zum Multilateralismus und förderten die europäische Integration,

all dies getragen von einem Bekenntnis zum Weltfrieden und einer außenpolitischen Philosophie, die zuallererst auf Diplomatie und Verhandlungen setzte, erst in zweiter Linie auf Eindämmung und Abschreckung und erst in letzter Instanz auf Krieg, wobei sie Krieg nur unter der Vollmacht der Vereinten Nationen und gemäß ihrer Charta führen wollten. In den letzten 400 Jahren haben wir einen langen Weg zurückgelegt: vom Zerfall des Feudalismus zur Blüte des Nationalstaats, von Anarchie, Unsicherheit und Angst zu Recht und Ordnung – zu gesetzlich verankerter Ordnung, politischer Sicherheit und garantierten staatsbürgerlichen Freiheiten.

I Und diese Errungenschaften stehen jetzt auf dem Spiel?

Präsident Bush denkt nicht daran, sich von anderen Regierungschefs Vorschriften machen zu lassen. Während die USA auf der einen Seite Diktatoren stützen, solange diese sich als Freunde Amerikas gebärden, bringen sie es gleichzeitig fertig, einem besiegten Gegner mit vorgehaltenem Gewehr die Demokratie aufzuzwingen. Doch die Demokratie erhebt sich nicht aus der Glut- asche des Krieges, sondern entwickelt sich entlang einer Geschichte politischer Kämpfe, staatsbürgerlichen Engagements und des Aufbaus wirtschaftlicher Grundlagen. Die USA neigen dazu, die Privatisierung der Märkte und eine entfesselte, zügellose Konsumkultur als Etappenziele auf dem Weg zur Demokratie zu betrachten, und glauben allen Ernstes, andere Völker könnten sich gleichsam über Nacht demokratisieren, indem sie amerikanische Institutionen einführen, deren Kultivierung in den Vereinigten Staaten selbst Jahrhunderte brauchte. Die gegenwärtige US-Regierung, ob sie auf Krieg oder Frieden aus ist, auf die Beseitigung von Tyrannenherrschaft oder die Errichtung der Demokratie, beruht auf einem mangelnden Verständnis der Interdependenz und ihrer Implikationen wie auch der Wesenszüge der Demokratie. Kurz: Die

Angst des Imperiums erzeugt ein Imperium der Angst, das weder Freiheit noch Sicherheit fördert. Der missionarische Eifer, den Präsident George W. Bush in seinem Krieg gegen den Terror an den Tag legt, versinnbildlicht die US-amerikanische Militanz und verschärft sie womöglich noch.

| Was ist zu tun?

Ich setze mich ein für die präventive Demokratie, die zwei gleich wichtige Komponenten beinhaltet: zum einen eine militärische und nachrichtendienstliche Komponente, die man mit der Formel „Präventivkrieg gegen nichtstaatliche Gegner“ charakterisieren könnte. Bei dieser begrenzten Variante eines Präventivkrieges werden ausschließlich terroristische Individuen, Zellen, Netzwerke oder Organisationen und ihre Ausbildungslager und Waffendepots ins Visier genommen und vernichtet. Die zweite Komponente ist das globale Bemühen um den Aufbau demokratischer Strukturen, was nicht mit dem Bestreben, den Kapitalismus zu exportieren und neue Märkte für die globale Wirtschaft zu erschließen, verwechselt werden darf. Eine Welt, die ihre zwischenstaatlichen Beziehungen auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene demokratisch regeln würde, wäre verhältnismäßig immun gegen die Gefahren, die aus krassen Ungleichheiten oder bitterer Armut resultieren, und daher weniger anfällig für systembedingte Gewalt.

Mit der Realität der globalen Interdependenz konfrontiert haben wir zwei Optionen: Entweder wir besiegen den negativen Auswuchs der Interdependenz in Form des Terrorismus durch die gewaltsame Durchsetzung einer auf militärischer Macht beruhenden globalen Friedenssicherung. Oder wir ebnen einer positiven Interdependenz den Weg durch die Demokratisierung der Welt.

| Was sind die Grundpfeiler der westlichen Demokratie, die es für andere Kulturen erstrebenswert machen, ihr zu folgen? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Demokratie entsteht?

Demokratien wachsen von innen nach außen und von unten nach oben, sie wachsen langsam und nur dort, wo die Menschen um sie kämpfen, wo staatsbürgerliche Traditionen und Institutionen entstehen und ein Geist der Verantwortung für das Gemeinwesen gepflegt wird. Letzteres wächst vorwiegend auf der Grundlage von Erziehung und Bildung. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass die Form des „nation building“, die die USA in Ländern wie Afghanistan und Irak betreiben, automatisch Demokratie schafft. Jedem, der sich mit Geschichte beschäftigt, müsste klar sein, dass es nicht funktioniert, einem Land die Demokratie mit Waffengewalt aufzuzwingen oder in den Nachwirren eines Angriffskrieges aufzudrängen, selbst wenn dieser Krieg ausdrücklich im Namen der Freiheit und eines gut gemeinten Regimewechsels geführt worden ist. Demokratie kann nur dort erfolgreich Fuß fassen, wo eine nach Freiheit strebende Bevölkerung sich mit Leidenschaft für sie engagiert, nicht dort, wo wohlmeinende ausländische Vormünder sich großzügig herablassen, Freiheit zu gewähren. George Packer hat aufgezeigt, dass von achtzehn von außen erzwungenen Regimewechseln, an denen die USA im Verlauf der letzten hundert Jahre beteiligt waren, nur fünf in eine demokratische Entwicklung mündeten. Der kurze und schnelle Weg zur Demokratie führt oft nicht zum Ziel, sondern lässt eine zu schnell und ungeduldig vorangetriebene Entwicklung leicht entgleisen.

| Wie beurteilen Sie die These von Samuel P. Huntington, dass Demokratie und Islam einander so unvereinbar gegenüberstehen, dass eine Demokratisierung in Ländern der islamischen Welt höchst unwahrscheinlich und sogar unmöglich ist?

Religiöse Staaten schließen die Demokratisierung einer Gesellschaft ebenso wenig aus, wie säkulare Staaten sie garantieren. Die Wege, die zur Demokratie führen, sind zahlreich, keine Nation besitzt ein Monopol darauf.

Der Ökonom Amartya Sen hat sich kritisch mit der Behauptung auseinandergesetzt, Asien sei in einem engen Korsett autoritärer Werte gefangen. Er hat darauf hingewiesen, dass offenbar in jeder Kultur die Menschen gern miteinander diskutieren und streiten, und dass sie es tun, wann immer sie die Möglichkeit dazu haben. Deshalb wird es auch im Hinblick auf die Erlangung von Freiheit und Demokratie produktiver sein, aus den vorliegenden Traditionen und Institutionen zu schöpfen, als dem Vorbild anderer Länder nachzueifern und wichtige politische Instrumente von außen zu importieren. Freiheit hieß früher, frei zu sein von Unterdrückung, Freiheit hieß Demokratie. Heute wird Freiheit immer mehr gleichgesetzt mit der Freiheit, Handel zu treiben, mit wirtschaftlicher Freiheit. Doch freie Märkte bedeuten keine Demokratie, im Gegenteil, sie können das Ende der Demokratie einläuten. Islamische Gesellschaften, die durch lange Zeiträume der Unterdrückung zurückgeworfen worden sind und nicht die kulturelle Reife besitzen, um aus sich heraus moderne politische Institutionen aufzubauen, werden meiner Ansicht nach eine oder zwei Generationen benötigen, um sich in die demokratisierte Welt einzureihen. Sie werden also bedeutend weniger Zeit brauchen, als England, Frankreich oder die USA gebraucht haben, um ihre einstmalig engstirnigen christlichen Monokulturen zu demokratisieren und zu domestizieren. Sie werden dahin kommen, aber nicht nach einem von den USA vorgeschriebenen Fahrplan.

| Wie viele Formen kann die Demokratie annehmen?

Die Gründerväter der Vereinigten Staaten ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, dass die amerikanische Republik ein „Ex-

periment“ sein würde, etwas, das sich immer wieder neu bewähren muss. Die Formen, die die Demokratie annehmen kann, sind ebenso vielfältig wie die Kämpfe, durch die sie errungen wird. Deshalb ist das Ziel derer, die sich eine demokratischere Welt wünschen, nicht die Herstellung von „Demokratie“ im Singular, sondern das Gedeihen von „Demokratien“ im Plural. Es gibt nicht die westliche Demokratie, sondern es gibt westliche Demokratien. Die Durchsetzung und Bewahrung der Demokratie ist ebenso schwierig wie die Durchsetzung und Bewahrung aller ideellen menschlichen Bestrebungen.

| Die Vereinigten Staaten gelten als der Inbegriff der demokratischen Gesellschaft. Wie ist es vor dem Hintergrund des begründeten Verdachtes, dass es bei der Wahl George W. Bushs zum Präsidenten zu Manipulationen gekommen ist, um die Demokratie in den USA bestellt?

Bill Bradley, einer der demokratischen Kandidaten, die in den Vorwahlen zur Präsidentenwahl von 2001 geschlagen wurden, stellte einmal fest: „Um in den Kongress gewählt zu werden, braucht man eine Million, um in den Senat gewählt zu werden, zehn Millionen, und um zum Präsidenten gewählt zu werden, hundert Millionen US-Dollar.“ Dies bedeutet, dass die Kandidaten entweder sehr reich sein müssen oder sich von sehr Reichen abhängig machen, wenn sie gewählt werden möchten. Dies ist ein großes Problem der Demokratie im Zeitalter des modernen Kapitalismus. Schlimmer wirkt die Tatsache, dass nur ein Viertel des demokratischen Wählerpotenzials überhaupt den Präsidenten wählt. Das kommt zum einen dadurch, dass schätzungsweise nur knapp die Hälfte derjenigen, die das Recht haben zu wählen, sich nicht in die Wahllisten eintragen lässt. Hinzu kommen die Nichtwähler; nur etwa die Hälfte derer, die registriert sind, geht tatsächlich zu den

Urnen. Nimmt man also die Gesamtheit der Wählerschaft, zieht davon die Hälfte ab, die nicht registriert ist, und von der verbleibenden Zahl wiederum die Hälfte, die nicht zur Wahl geht, bleibt nur ein Viertel übrig, das überhaupt den Präsidenten wählt. Und dieser erhält seinerseits oft nicht einmal die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Am Ende wird der Präsident von zehn, zwölf Prozent der Wählerschaft gewählt.

| Die geringe Wahlbeteiligung scheint einem Grundprinzip der US-amerikanischen Demokratie zu widersprechen, das Alexis de Tocqueville in den frühen dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts tief beeindruckt hat, nämlich dem hohen Grad der Partizipation der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. Ist die geringe Wahlbeteiligung ein Indiz für den Anfang vom Ende der Demokratie?

Man muss sehen, dass die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten nur ein Teilaspekt des demokratischen Lebens in den USA ist. Das Interesse der Bevölkerung an lokalen Wahlen ist im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen wesentlich größer. Zur Wahl stehen dort Kandidaten für ein breites Spektrum von Aufgaben, von der Leitung der Schulen bis zum Polizeipräsidenten, vom Richter bis zum Sheriff. Gemeindewahlen und Teilnahme an der Bürgergesellschaft charakterisieren die US-amerikanische Demokratie viel deutlicher als das politische Leben auf bundes- oder einzelstaatlicher Ebene.

| Der Nationalstaat hat die Demokratie hervorgebracht und unterstützt. Lässt sich die Globalisierung demokratisieren? Werden die USA womöglich Demokratie global diktieren? Welche Chance gibt es für die demokratischen Institutionen, auf internationaler Ebene Fuß zu fassen?

Es gibt Anzeichen für eine im Entstehen begriffene öffentliche Weltmeinung. Noch vor einer Generation kaum hörbar äußern sich heute Staatsbürger in kollektiven und gleichwohl übernationalen Formen spontan und vernehmbar zu Themen, die weit über den lokalen und nationalen Rahmen hinausreichen. In der so genannten Anti-Globalisierungsbewegung, die man treffender als Bewegung für eine „demokratische Globalisierung“ bezeichnen sollte, gelang es internationalen Gruppierungen wie Attac, die Aufmerksamkeit der Medien und dann auch internationaler Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation zu erringen. Mit ihren Protestaktionen haben diese Bewegungen Politiker und Regierungen dazu gebracht, sich kritischer als bisher mit der Frage zu befassen, welche Auswirkungen internationale Handelsabkommen, spekulative Kapitalströme und Entscheidungen von Banken auf die Wirtschaft marginalisierter Gesellschaften haben, die bis heute in den Machtzirkeln der Welt über keine Stimme verfügen.

Es gibt zahlreiche weitere national und international tätige Organisationen und Vereinigungen, Gruppierungen und zivilgesellschaftliche Institutionen, denen als Ziel eine Welt vorschwebt, in der Frieden und Freiheit aus Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit hervorgehen. Darunter sind Gruppen wie Human Rights Watch und Amnesty International, die sich als Wächter und Anwälte von Menschenrechten verstehen und die gezeigt haben, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine reale Möglichkeit ist.

| Fehlt diesen Gruppen aber nicht die demokratische Legitimation?

Diese Gruppen und Organisationen sind zwar nicht demokratisch konstituiert, aber in ihrer Vielzahl, Pluralität und Unterschiedlichkeit verkörpern sie den Reichtum der Zivilgesellschaft. Auch

wenn sie über keinerlei formell ausgewiesene Befugnisse oder Macht verfügen, ihre Ideen durchzusetzen, und somit auch nicht damit zu rechnen ist, dass sie in absehbarer Zeit in der Lage sein werden, die ausbeuterischen Praktiken des global operierenden Kapitals einzudämmen oder die angstbestimmte Präventivkriegsstrategie der USA auszubremsen oder die Kinder der Welt vor Verbrechen, Landminen und AIDS zu schützen, schaffen sie dennoch eine Öffentlichkeit, auf der sich eine neue Weltordnung konstituieren könnte. In einer Welt, in der es Krankheiten ohne Grenzen ebenso gibt wie Ärzte ohne Grenzen, Korruption und Prostitution ebenso wie Interpol-Beamte ohne Grenzen, Terroristen und Kriege gegen Terroristen ebenso wie friedensbewegte Nichtregierungsorganisationen ohne Grenzen, ist es sicherlich auch höchste Zeit für Bürger ohne Grenzen, die im Zentrum des nationalen und globalen Lebens stehen.

| Wenn wir über Globalisierung sprechen, meinen wir meist die ökonomische Globalisierung, also den Handel mit Kapital, Währungen, Waren, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen. Wie könnte die bürgerliche Globalisierung aussehen?

So lange wir Demokratie nicht globalisieren oder die Globalisierung demokratisieren können, werden wir in einer globalen Anarchie, in globaler Unordnung leben. Wir haben bisher die Laster und Vergehen dieser Welt globalisiert – Verbrechen, geistiges und körperliches Elend, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, darin eingeschlossen den Handel mit Atomwaffen, und zu unserem Erschrecken auch den Terrorismus. Wir sind aber daran gescheitert, unsere Tugenden zu globalisieren – unsere Toleranz, unsere Demokratie, unseren Sinn für Fairness und den Glauben an Gerechtigkeit. Um Demokratie globalisieren zu können, brauchen wir etwas wie eine globalisierte Bürgerschaft. Die Weltbürgerschaft ist aber nicht

so einfach zu schaffen. Sie darf nicht abstrakt sein, sondern muss ein globales Zugehörigkeitsgefühl vermitteln. Manche glauben, dass es zur globalen Demokratie nur Rechtsinstitutionen, eines Internationalen Gerichtshofs und vielleicht einer Weltverfassung bedarf – aber ohne Bürger sind das nur ein paar Blätter Papier. James Madison sagte einmal, die amerikanische Verfassung sei nur ein Blatt Papier. Jefferson betonte, dass eine Demokratie ohne Bürger niemals funktioniert. Im Kern geht es also darum, die Frage zu beantworten, wie man die Weltbürger schafft, die globale Demokratie erst möglich machen. Das ist eine sehr viel schwierigere Aufgabe.

| Wie sieht der Beitrag Europas zu einer neuen Weltordnung aus?

Die EU nimmt als regionale und transnationale Einheit eine Art Mittelposition zwischen Nationalstaat und globalen Institutionen ein. Die EU ist, was Wirtschaft und Währung angeht, sehr erfolgreich, was Verwaltung und Technokratie angeht, relativ erfolgreich, und hat sich, was Demokratie angeht, bisher sehr schlecht ange stellt. Was bedeutet es denn, ein europäischer Bürger zu sein, wenn Staatsbürgerschaft verstanden wird als französische, italienische oder auch als baskische, katalonische oder bayrische Bürgerschaft? Viele der antieuropäischen Rechtsparteien sträuben sich gegen die Technokratie und das Demokratiedefizit der EU. Wenn wir schon Probleme damit haben, uns ein demokratisches Europa vorzustellen, wie schwierig ist es dann erst, sich eine demokratische Welt vorzustellen. Grundvoraussetzung für Demokratie ist Bürgerschaft, Grundvoraussetzung für Bürgerschaft ist Mitgliedschaft, und für eine Mitgliedschaft muss man sich erst einmal einer gemeinsamen Identität bewusst sein.

| Woher soll eine gemeinsame europäische Identität kommen, ganz zu schweigen von einer globalen Identität?

Die Europäer müssten mehr zusammenarbeiten, um die europäische Idee mit Leben zu füllen. Zurzeit tun sie alles, was wichtig ist, aber nicht als Europäer, sondern als Franzosen, Deutsche oder Italiener. Ein europäischer Freiwilligendienst, Zivildienst oder sogar ein europäischer Militärdienst würde ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl begründen. Gemeinarbeit ist eine sehr erfolgreiche Art und Weise, Leute zusammenzubringen, die andernfalls ganz unterschiedliche, voneinander abgegrenzte Identitäten haben. Deswegen sind auch NGOs wie die „Ärzte ohne Grenzen“ so wichtig: Sie handeln. Wenn man sich ansieht, wie zum Beispiel Armenier, Italiener, Kanadier und Venezolaner im Team zusammenarbeiten, um Erdbebenopfer zu retten und Hilfe zu leisten, dann findet man genau dort dieses Zugehörigkeitsgefühl, das die abstrakten Ideen von Europa und einer Weltbürgerschaft vermissen lassen. So lange es keine wahrhaft europäische Bürgerschaft, Aktivität und Gemeinarbeit gibt, werden sich nur sehr wenige Menschen als Europäer fühlen oder sich als solche bezeichnen. Was die Weltbürgerschaft angeht, trifft das sogar noch mehr zu. Kofi Annan kann vielleicht von sich behaupten, Weltbürger zu sein, und wir würden ihm das glauben – aber es gibt nicht sehr viele Leute, denen wir so etwas glauben würden. Die Herausforderung besteht nicht darin, eine abstrakte Identität zu entwickeln, mit der sich jeder theoretisch identifizieren kann. Sonst könnte ich sagen, dass alle Menschen Weltbürger sind, ob sie es wissen oder nicht, weil sie die Auswirkungen der Erderwärmung, globaler Krankheiten und Kriege spüren. Dann sind wir natürlich alle Weltbürger. Aber die Frage ist doch: Was brauchen wir, damit sich jemand selbst als Weltbürger betrachtet? Zurzeit gibt es auf jeden Fall nur wenige Möglichkeiten – sogar für jemanden wie mich, der das Konzept versteht –, sich als Weltbürger zu fühlen.

| Welche weltpolitischen Veränderungen müssten denn in Richtung Weltbürgerschaft vorangebracht werden?

Ich denke, das US-amerikanische Modell könnte hier nützlich sein, weil dieses Modell demokratische Beteiligung nicht an partikularistischen Elementen wie zum Beispiel Rasse, Sprache oder bei Geburt erlangte Identitätszugehörigkeit festmacht, sondern auf universellen Ideen gründet. Was wir langfristig brauchen, ist eine Art weltweite Zivilreligion, also das, was wir auf US-amerikanischer Ebene bereits haben. Wir brauchen einen Zivilglauben, der Blut, Identität und lokale Zugehörigkeit übersteigt und es den Menschen ermöglicht, sich um gemeinsame Prinzipien herum zu organisieren. Die Menschenrechtsbewegung geht schon ein bisschen in diese Richtung: Menschenrechte werden zu einer Idee, die Franzosen, Albaner, Türken und Amerikaner vereint, ohne dass sie dabei ihre jeweiligen nationalen Zugehörigkeiten aufgeben. In transnationalen Nichtregierungsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ oder „Transparency International“ arbeiten Leute zusammen, die dieselben Prinzipien teilen. Die Durchsetzung bestimmter Rechte ist dort wichtiger als ethnische, rassische oder linguistische Gruppenzugehörigkeiten.

